

Der „Aufschwung“ – Fragen und Antworten

06.09.2007

*Diskussionspapier von
Manuela Wischmann (Referentin Arbeitsmarktpolitik) und
Florian Moritz (Referent Wirtschaftspolitik)*

Die Finanzmärkte sind in Aufruhr, in den USA ist die Immobilienblase geplatzt. Welche Auswirkungen das auf die Weltkonjunktur und auf den Deutschen Aufschwung haben wird, ist noch umstritten. Klar ist allerdings, dass die Risiken gestiegen sind. Die OECD hat ihre Wachstumsprognosen für die USA und für Deutschland am 5. September gesenkt.

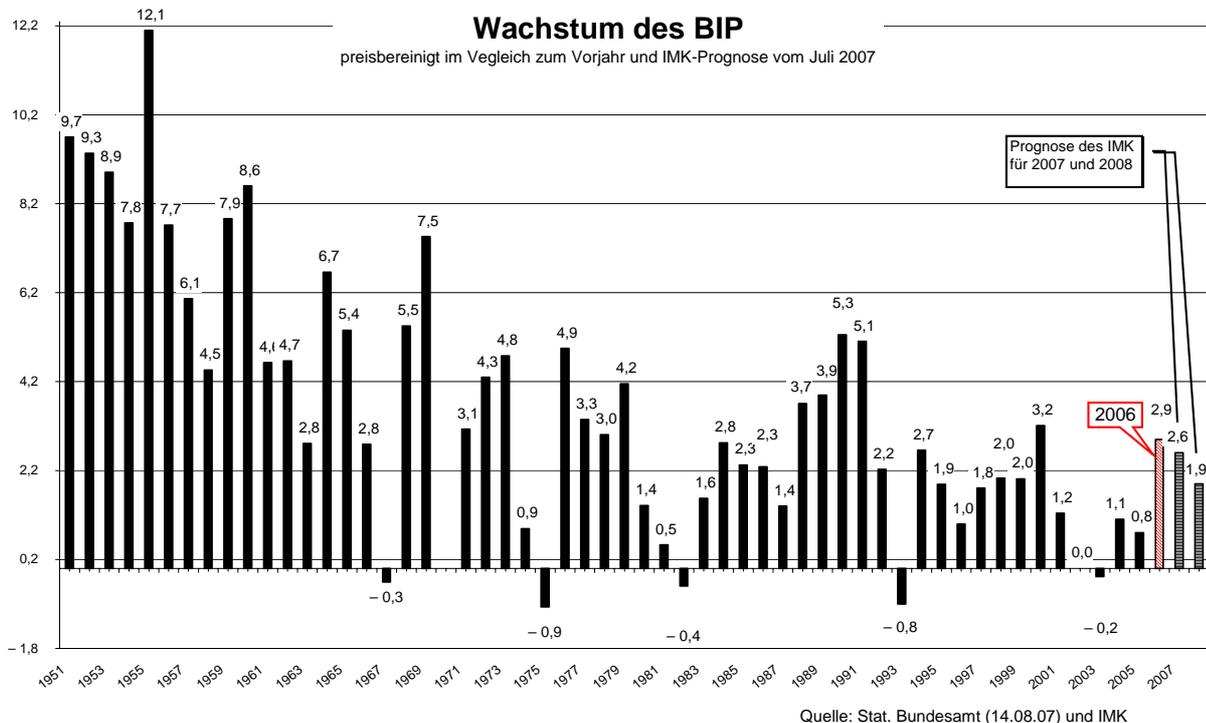
Aber wie gestaltete sich der Aufschwung in Deutschland bis jetzt? Wer profitiert bislang von der günstigen konjunkturellen Entwicklung? Ist der Aufschwung der Bundesregierung zu verdanken und was bedeutet der Aufschwung für die Kritik der herrschenden Wirtschaftspolitik? Im Folgenden soll versucht werden, kurze Antworten auf oft gestellte Fragen zu geben.

Inhalt:

Ist der Aufschwung außergewöhnlich?	2
Ist der Aufschwung auf die Politik der Bundesregierung zurückzuführen?	2
Wird der Aufschwung von der Binnennachfrage getrieben?.....	4
Zieht jetzt die Binnenkonjunktur an?	6
Hat das Wachstum zu höheren Löhnen geführt?	7
Ist der Aufschwung auch auf dem Arbeitsmarkt angekommen und welche Rolle spielen hierbei die Arbeitsmarktreformen?	9
Sind die Probleme auf dem Arbeitsmarkt nun gelöst?.....	10
Wie ist es um die Qualität der neuen Arbeitsplätze bestellt?	12
Kommt der Aufschwung auch bei den Langzeiterwerbslosen an?.....	15
Was ergibt sich aus der Analyse für die Forderungen der LINKEN?	16

Ist der Aufschwung außergewöhnlich?

Nein. Die kapitalistische Wirtschaft wächst in Zyklen: Einer rezessiven Phase, in der die Wirtschaft schrumpft oder nur sehr wenig wächst, folgt in der Regel eine Phase relativ stärkeren Wachstums. Es ist also nicht unbedingt verwunderlich, dass das Bruttoinlandsprodukt (BIP) nach einer fünfjährigen Stagnation seit 2006 wieder stärker wächst.



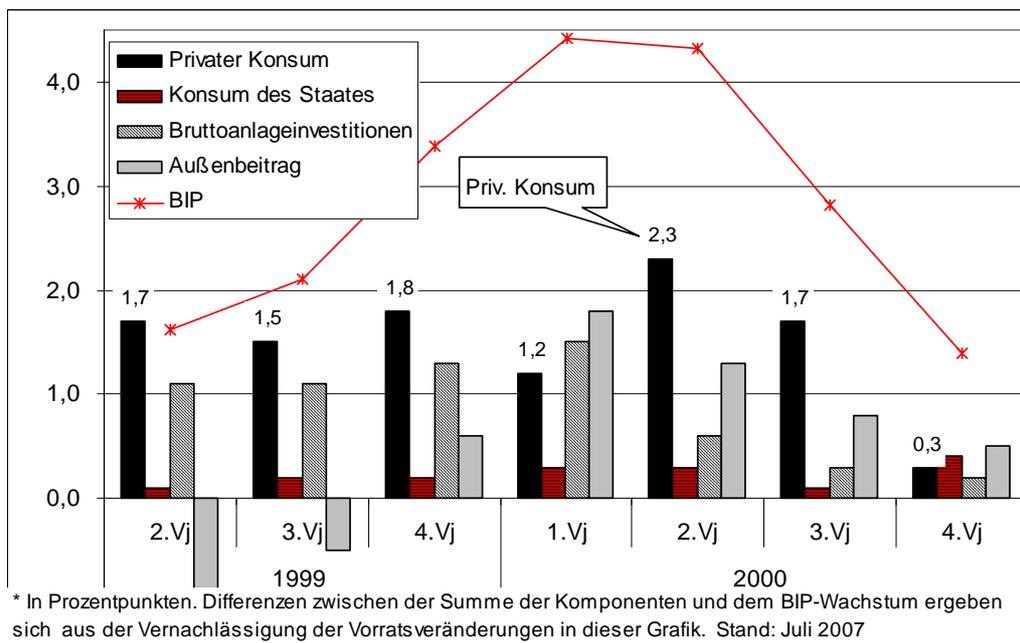
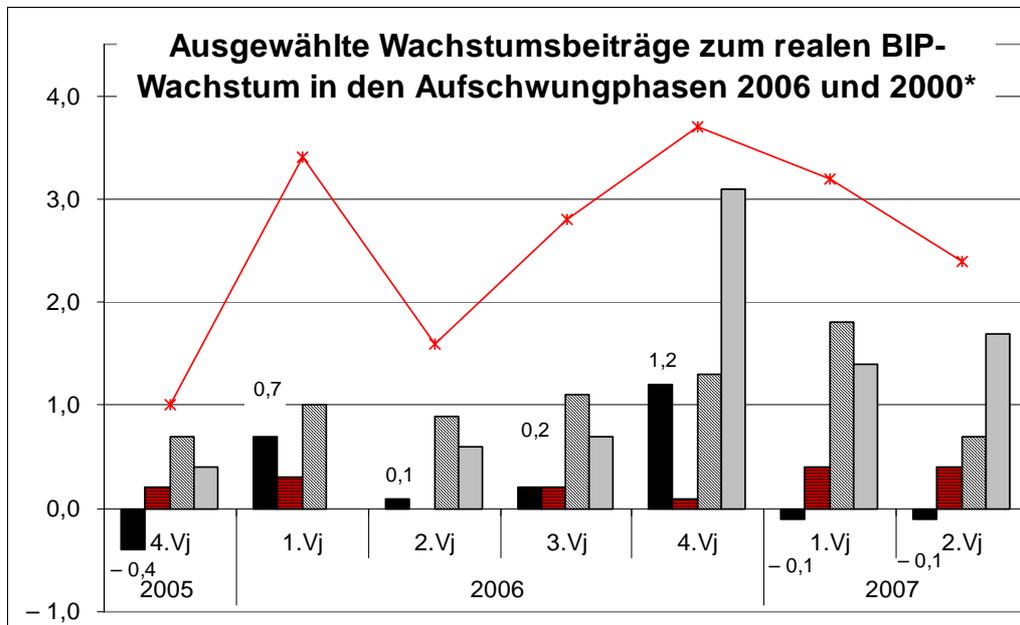
Ist der Aufschwung auf die Politik der Bundesregierung zurückzuführen?

Dass die Erholung des BIP-Wachstums eine Folge der angebotsorientierten „Strukturreformen“, Steuerersenkungen und des öffentlichen Sparkurses ist, den v.a. die Rot-Grüne Bundesregierung vorangetrieben hatte, ist unwahrscheinlich. Vielmehr kann vermutet werden, dass sich die wirtschaftliche Lage nicht *wegen*, sondern *trotz* der Politik erholt hat. Die anfängliche leichte „Reformpause“ unter Angela Merkel dürfte dazu beigetragen haben, den Aufschwung zu ermöglichen. Es ist aber wahrscheinlich, dass das Wachstum bei einer wirklich anderen Politik früher eingesetzt hätte und auch stärker ausgefallen wäre¹.

a) Die herrschende Politik hat zu einer Schwächung der Gewerkschaften, zu niedrigeren Löhnen und Sozialleistungen geführt und damit die private Konsumnachfrage massiv geschwächt. In der letzten konjunkturellen Hochphase um die Jahrtausendwende war der private Konsum noch ausschlaggebender Faktor und steuerte rund anderthalb Prozentpunkte zum Wirtschaftswachstum bei. Seitdem stagniert die private Konsumnachfrage und blieb auch in der bisherigen Aufschwungphase auf niedrigem Niveau: Ihr Beitrag zum realen BIP-Wachstum von 2,9 Prozent im Jahr 2006 lag bei 0,6 Prozentpunkten. Im ersten Halbjahr 2007 wuchs die Wirtschaft real ebenfalls um 2,9 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum, die private Konsumnachfrage ging hingegen zurück, weshalb ihr Wachstumsbeitrag in

¹ Die Position wird u.a. von verdi (http://wipo.verdi.de/wirtschaftspolitik_aktuell/data/07_05_aufschwung.pdf), ausführlicher von Hein/Truger (APuZ 13,2007) und implizit auch von den AutorInnen der im Auftrag der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung erstellten Studie „Aufschwung für Deutschland“ (Dietz, Bonn, 2007) vertreten.

den ersten beiden Quartalen 2007 mit -0,1 Prozentpunkten negativ war. Dass die Konsumnachfrage in 2006 wenigstens ein bisschen angezogen hat, führt Gustav Horn (Süddeutsche Zeitung 24.08.2006) zum Teil auf eine „Reformpause“ in der Arbeitsmarktpolitik zurück, die das Vertrauen der Menschen zunächst gestärkt habe. Bedenkt man, dass die große Koalition mit dem Hartz-Fortentwicklungsgesetz und später mit der Erhöhung des Rentenalters die unsoziale Rot-Grüne Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik durchaus fortgeführt hat, wird dieses Argument allerdings schwächer.



Dass die privaten Konsumausgaben ein schändlich vernachlässigter, aber wesentlicher Faktor sind, um ein stabiles Wirtschaftswachstum zu schaffen, ergibt sich schon daraus, dass sie fast 60 Prozent des BIP ausmachen und im Vergleich zu den anderen BIP-Bestandteilen am wenigsten schwanken.

b) Was die *Finanzpolitik* des Staates angeht, ist zu sagen, dass in den zurückliegenden Jahren prozyklisch versucht wurde, den Haushalt zu konsolidieren. Das dürfte die Krise verschärft haben. Die realen Konsumausgaben des Staates stagnierten von 2003 bis 2005. Im Jahr 2004 sanken sie real sogar um 1,5 Prozent, 2005 lagen sie ebenfalls unter dem Niveau von 2002. Die Bruttoanlageinvestitionen des Staates sanken ab 2002 bis 2005 durchschnittlich um preisbereinigt 4,0 Prozent pro Jahr. Hein und

Truger (APuZ 13/2007, S.21 f.) weisen nach, dass die staatliche Ausgabenpolitik von 2003 bis 2005 prozyklisch restriktiv war und den Abschwung verstärkte.

Erst 2006 änderte sich der negative Trend bei den Staatsausgaben: Die staatlichen Bruttoanlageinvestitionen legten wieder um real 5,2 Prozent zu und der staatliche Konsum zog um real immerhin 0,9 Prozent an. Dieser vorübergehende Stopp des Sparkurses war zwar vergleichsweise sachte, hat aber immerhin dazu beigetragen, dass der Staat einen direkten positiven Beitrag zum Aufschwung 2006 leisten konnte. Wäre das Investitionsprogramm der Bundesregierung (25 Mrd. Euro über vier Jahre) stärker ausgefallen, wären wohl auch seine Effekte deutlicher gewesen.

Die steigenden Bruttoanlageinvestitionen des Staates im vergangenen Jahr dürfen allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass der Sachkapitalbestand des Staates auch 2006 geschrumpft ist: Zu den Bruttoanlageinvestitionen werden nämlich auch die Abschreibungen gezählt. Sie machten 2006 rund 36 Milliarden Euro aus und damit mehr als den Gesamtwert der Bruttoanlageinvestitionen von rund 32 Milliarden Euro. Das bedeutet, dass die Nettoanlageinvestitionen die zu einer Erweiterung des Kapitalstocks führen, mit rund -4,1 Milliarden Euro 2006 zum vierten Mal in Folge negativ waren. Der Staat zehrt seit Jahren von seiner Substanz.

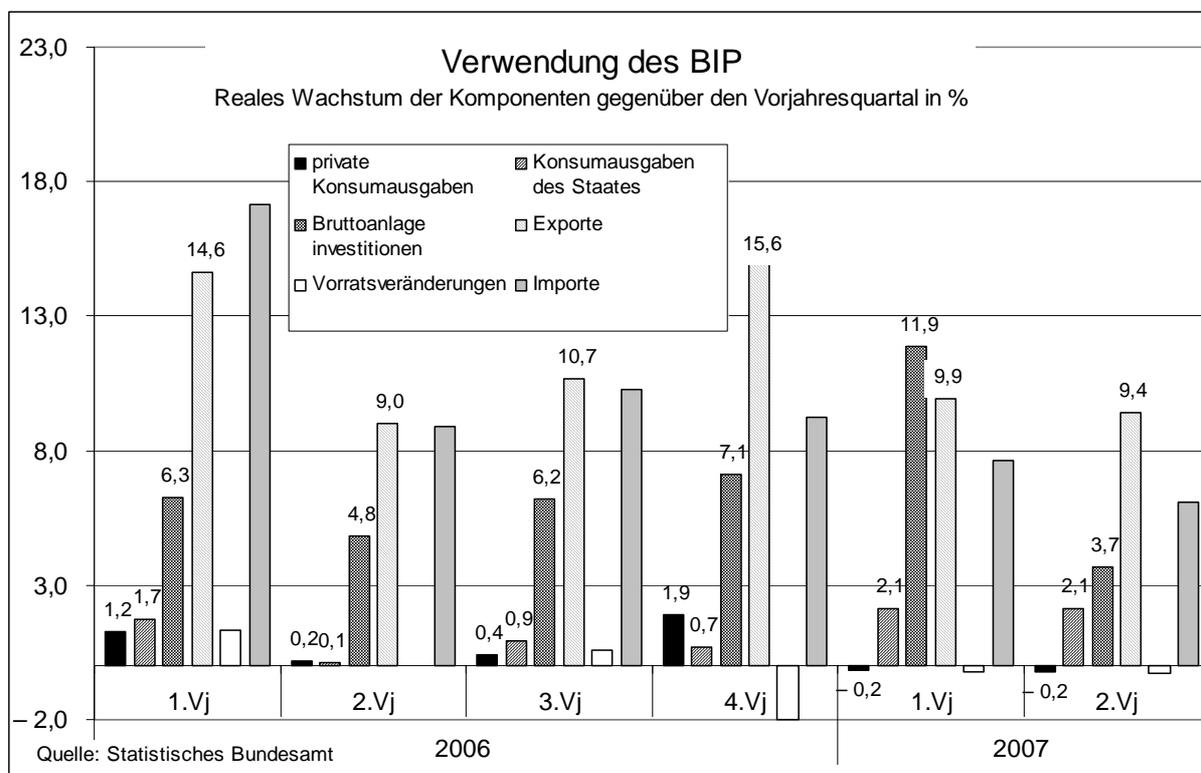
c) Die Geldpolitik der EZB dürfte ebenfalls dazu beigetragen haben, dass die Schwächephase der deutschen Wirtschaft so lange anhält. Der kurzfristige Realzinssatz für Deutschland lag von 2001 bis 2005 im Durchschnitt bei 1,2 Prozent und damit 0,5 Prozentpunkte über dem durchschnittlichen realen BIP-Wachstum. Weil die Inflationsrate in Deutschland unter dem Durchschnitt des Euroraums liegt, fallen die Realzinsen hierzulande auch höher aus, als bei den europäischen Nachbarn. Die EZB hatte die Zinsen zwar nach dem Jahr 2000 gesenkt, dann allerdings konstant gehalten. Im Gegensatz dazu fuhr die US-amerikanische „Federal Reserve“ nach dem Jahr 2000 eine deutlich expansivere Geldpolitik, was die wirtschaftliche Erholung in den USA beschleunigt haben dürfte. Laut Hein/Truger (S.20) war der durchschnittliche kurzfristige Realzinssatz in den USA zwischen 2001 und 2005 mit -0,2 Prozent sogar negativ und lag 2,8 Prozentpunkte unter dem BIP-Wachstum.

Wird der Aufschwung von der Binnennachfrage getrieben?

Seit Jahren steigen in Deutschland v.a. die *Exporte* an. Sie wuchsen seit 2000 um real mehr als 50 Prozent. Der *Exportüberschuss* hat sich von 2000 bis 2006 nominal auf 126 Mrd. Euro mehr als *ver-sieb-zehn-facht*. Im gleichen Zeitraum stiegen die privaten Konsumausgaben real um gerade einmal rund 2,3 Prozent, die Bruttoanlageinvestitionen gingen sogar um rund 4,5 Prozent zurück. Auch in der momentanen Aufschwungphase wuchsen die *Exporte* mit Abstand am stärksten. – nämlich um real 12,5 Prozent im Jahr 2006 und um erneut 9,7 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum im ersten Halbjahr 2007. Der *Außenbeitrag* war mit einem Wachstumsbeitrag von 1,1 Prozentpunkten in 2006 und 1,6 Prozentpunkten im ersten Halbjahr 2007 für einen Großteil des Wirtschaftswachstums verantwortlich. Flassbeck (Frankfurter Rundschau, 5.5.2007) bezeichnet die reine Exportüberschuss-Orientierung der deutschen Politik, die sich auch im geförderten Lohndumping ausdrückt, als „Beggary neighbour“-Politik: Weil die Importe laufend langsamer wachsen als die Exporte, muss das Ausland sich hoch verschulden, um die deutschen Produkte zu kaufen – eine Strategie, die laut Flassbeck allenfalls kurzfristig aufgeht.

Allerdings war 2006 auch eine Erholung der Inlandsnachfrage in Deutschland zu beobachten, und zwar bei den *Bruttoanlageinvestitionen*: Sie stiegen 2006 um real 6,1 Prozent und im ersten Halbjahr 2007 um 7,8 Prozent gegenüber dem jeweiligen Vorjahreszeitraum. Dieser verhältnismäßig starke Anstieg lässt sich durch verschiedene Faktoren erklären: Erstens herrschte von 2001 bis 2005 eine extreme Investitionsflaute, das Wachstum der Bruttoanlageinvestitionen war sogar die meiste Zeit

negativ. Dadurch ist ein Investitionsstau entstanden, vor allem Modernisierungs- und Ersatzinvestitionen wurden notwendig. Zweitens werden die enorme Auslandsnachfrage, die sich in den über Jahre stark steigenden Exporten ausdrückt, und die entsprechenden Erwartungen für die Zukunft Erweiterungsinvestitionen in den betroffenen Bereichen notwendig gemacht haben. Dass – wie von interessierten Kreisen gern behauptet – angebotsorientierte Maßnahmen dazu geführt haben, dass die Unternehmen² wieder investieren, kann bezweifelt werden. Es ist nicht ersichtlich, warum beispielsweise die rot-grüne Unternehmenssteuerreform aus dem Jahr 2000 jetzt zu Investitionen geführt haben soll. Die Gewinne sind in den vergangenen Jahren kontinuierlich angestiegen, ohne dass dies zu Investitionen geführt hätte. Wahrscheinlicher ist, dass wegen Maßnahmen der jetzigen Bundesregierung Investitionen vorgezogen wurden, die ohnehin fällig waren. Beispielsweise könnte der Beschluss, dass Anlagen, die in den Jahren 2006 und 2007 angeschafft werden, mit einem Satz von 30% statt 20% degressiv abgeschrieben werden können, zusammen mit der Ankündigung, die degressive Abschreibung danach komplett abzuschaffen, zu Vorzieheffekten geführt haben. Auch die Abschaffung der Eigenheimzulage zu Beginn des Jahres 2006 dürfte durch Vorzieheffekte zum starken Anstieg der Bauinvestitionen beigetragen haben. Gleiches gilt für den verhältnismäßig milden Winter.



Neben den Investitionen zählen die Konsumausgaben zur „inländischen Verwendung“ des BIP. Die *private Konsumnachfrage* wuchs, wie bereits erwähnt, insgesamt nur wenig. In 2006 stieg sie real um ein Prozent und trug damit 0,6 Prozentpunkte zum BIP-Wachstum bei. Im ersten Halbjahr 2007 ging sie um real 0,2 Prozent zurück, ihr Wachstumsbeitrag war mit -0,1 Prozentpunkten damit ebenfalls negativ. Im *vierten Quartal 2006* wuchs die private Konsumnachfrage zwar um 1,9 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Dass dies allerdings vor allem auf vorgezogene Anschaffungen von langlebigen Konsumgütern wegen der Mehrwertsteuererhöhung ab 2007 zurückzuführen ist, räumt selbst das Bundeswirtschaftsministerium ein. Der Staatskonsum wuchs 2006 real um 0,9 Prozent und im ersten

² Die Bruttoanlageinvestitionen umfassen zwar auch die des Staates, diese machen aber einen verhältnismäßig kleinen Anteil aus.

Halbjahr 2007 um 2,1 Prozent. Sein Wachstumsbeitrag lag damit bei 0,2 (2006) bzw. 0,4 (2007) Prozentpunkten.

Zieht jetzt die Binnenkonjunktur an?

Als Fazit für die bisherige Aufschwungphase lässt sich sagen, dass der Außenbeitrag (Exportüberschuss) weiterhin den stärksten Anteil am Wachstum hatte. Die Bruttoanlageinvestitionen lieferten ebenfalls einen verhältnismäßig kräftigen Wachstumsbeitrag. Die *staatliche* Konsumnachfrage wuchs insbesondere im ersten halben Jahr 2007 relativ stark. Die *private* Konsumnachfrage bleibt hinter dieser Entwicklung allerdings zurück.

Dass der Aufschwung auf die private Konsumnachfrage „überspringt“, lässt sich anhand der negativen Zahl des ersten Halbjahres 2007 noch nicht bestätigen, im Gegenteil: Der private Konsum ging im ersten Halbjahr real um 0,2 Prozent gegenüber dem ersten Halbjahr 2006 zurück. Preisbereinigt lagen die privaten Konsumausgaben im ersten Halbjahr des laufenden Jahres nur wenig höher, als beispielsweise im ersten Halbjahr 2003, als Deutschland ein negatives BIP-Wachstum aufwies.

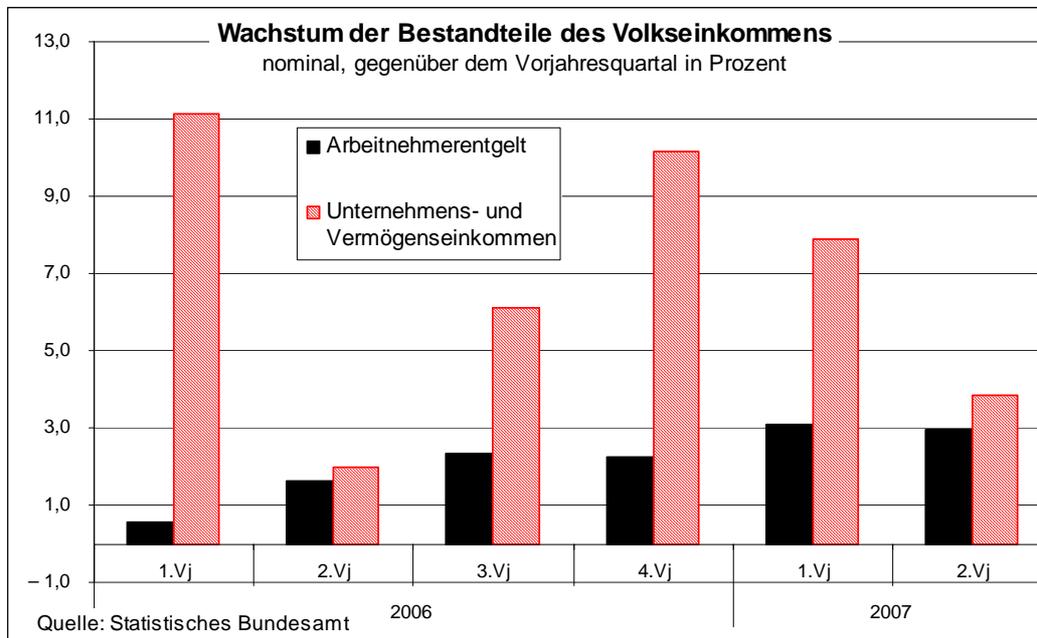
Allerdings sagen Wirtschaftsforschungsinstitute für die Zukunft eine Erholung des Konsums voraus. Das Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) geht von einem realen Wachstum der privaten Konsumnachfrage von zunächst mageren 0,5 Prozent im Jahr 2007, aber von 1,7 Prozent in 2008 aus. [Der Staatskonsum steigt laut dieser Prognose 2007 real um 1,9 Prozent und schwächt dann mit einem Wachstum von 0,6 Prozent 2008 wieder ab. Für die Bruttoanlageinvestitionen wird ein Wachstum von real 8,4 (2007) bzw. 5,3 Prozent (2008) vorausgesagt.] Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) schätzt die Entwicklung noch um einiges positiver ein und geht von einem realen Wachstum der privaten Konsumnachfrage von 0,8 Prozent im Jahr 2007 und von 2,5 Prozent im Jahr 2008 aus (DIW Wochenbericht 30/2007).

Die Entwicklung der privaten Konsumnachfrage hängt dabei v.a. von der Entwicklung der verfügbaren Einkommen ab. Es stellt sich die Frage, wie stark Löhne und Gehälter steigen, wie viele Arbeitsplätze (und welche) in Folge der Erholung des BIP-Wachstums entstehen, aber auch wie eventuelle Einkommenssteigerungen auf die verschiedenen Einkommensgruppen verteilt sind.³ Das IMK geht von einer Erhöhung der Effektivlöhne pro Stunde um 2 Prozent und einem deutlich stärkeren Wachstum der Bruttolohn- und Gehaltssumme in 2007 durch die sinkende Arbeitslosigkeit aus. Das Tarifarchiv des WSI sprach bereits im Juli von einer „Tarifwende“: Die im ersten Halbjahr 2007 vereinbarten Tarifabschlüsse sähen durchschnittlich Einkommenserhöhungen von 3,7 Prozent vor. Rechnet man die Laufzeiten auf das Jahr um und bezieht gültige Vereinbarungen aus dem Vorjahr mit ein, ergibt sich eine Tarifsteigerung von 2,3 Prozent in 2007. Das Statistische Bundesamt sieht das in einer Mitteilung von Ende August ähnlich: „Während 2006 die meisten Traiferhöhungen 2% oder weniger betrugten, lagen im ersten Halbjahr 2007 viele Abschlüsse bei mehr als 3%.“ Das WSI geht davon aus, dass 2007 für viele Beschäftigte „erstmal wieder Chancen auf einen Reallohnzuwachs“ bestehen. Dabei muss allerdings bedacht werden, dass die Löhne und Gehälter in 2005 und 2006 real gesunken sind und auch davor nicht sehr stark anstiegen. Eine Steigerung der Tariflöhne und -gehälter, die knapp oberhalb der Inflationsrate liegt, wird wohl kaum dazu beitragen, dass die Konsumnachfrage wieder ein stabiles Niveau erreicht.

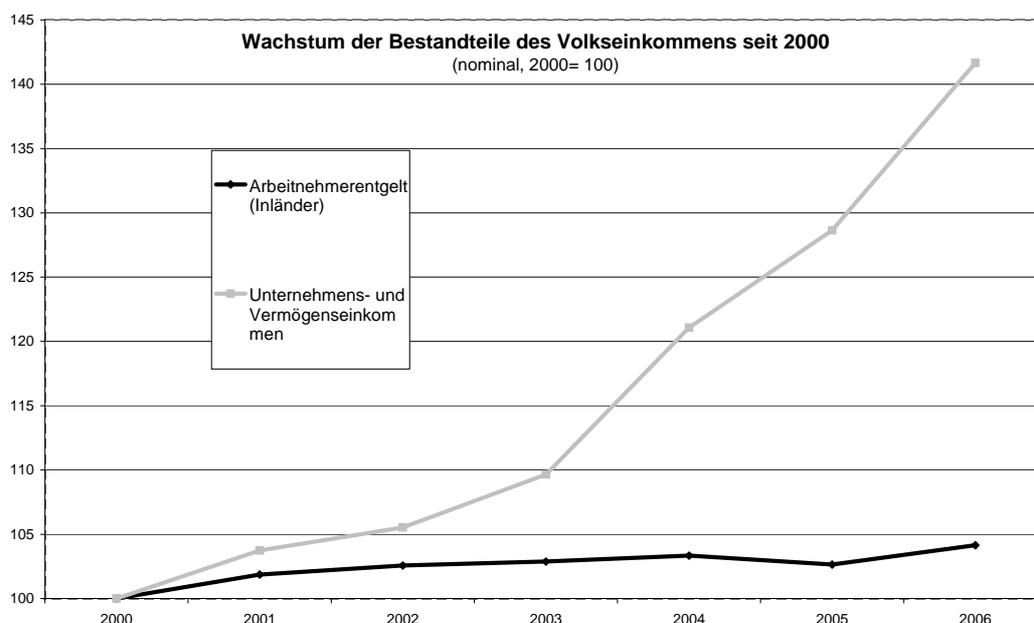
³ Das DIW schreibt die jetzige schwache Nachfrageentwicklung und die hohe Sparquote der privaten Haushalte u.a. der fortgesetzten „Verschiebung der personellen Einkommensverteilung hin zu Haushalten mit stärkerer Sparneigung“ zu – in Deutschland steigen die Einkommen insbesondere bei reichen Haushalten, die relativ viel sparen.

Hat das Wachstum zu höheren Löhnen geführt?

Die Arbeitnehmerentgelte wuchsen auch in der bisherigen Aufschwungphase weitaus langsamer, als die *Gewinn- und Vermögenseinkommen*. Letztere legten in den *Quartalen 1/2006 bis 2/2007* durchschnittlich nominal um 6,9 Prozent gegenüber den Vorjahresquartalen zu, die Arbeitnehmerentgelte nur um 2,1 Prozent.

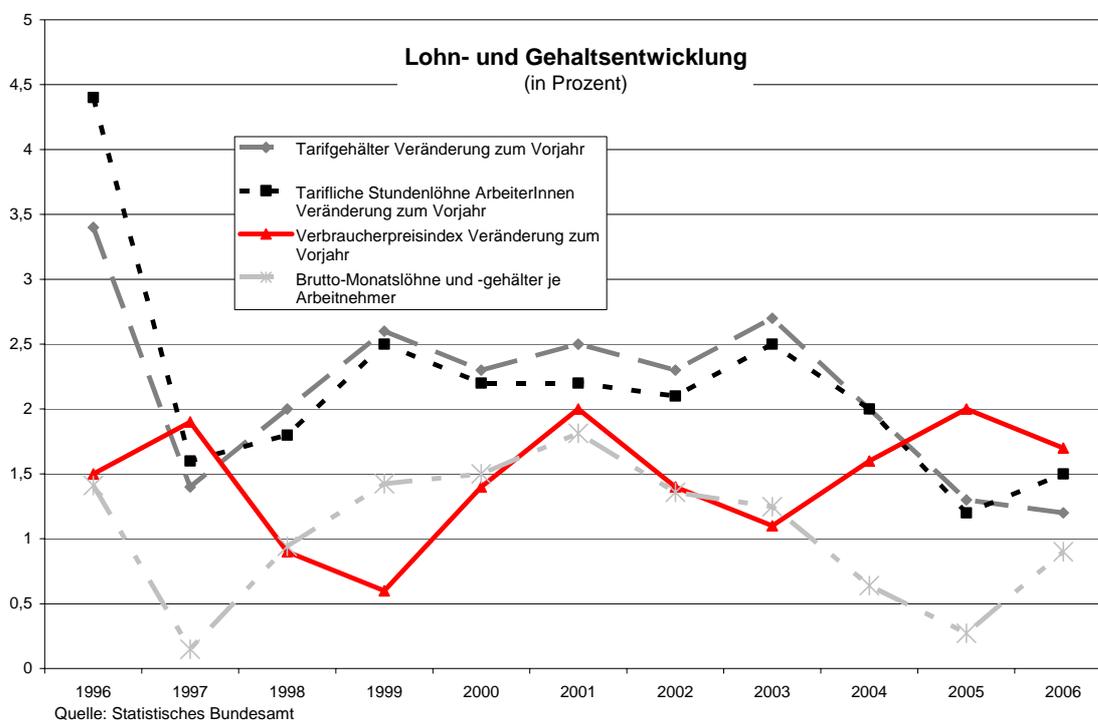


Damit setzt sich ein Trend fort, der bereits seit Jahren anhält: Lag der Anteil der Arbeitnehmerentgelte am Volkseinkommen im vereinigten Deutschland bis zum Jahr 2000 stets bei 71 oder 72 Prozent, sank er von 2000 bis 2006 auf rund 65,6 Prozent. Der Anteil der Gewinn- und Vermögenseinkommen legte im gleichen Zeitraum von knapp 28 auf 34,4 Prozent zu.



Gleichzeitig wuchs auch die Ungleichverteilung innerhalb der Gruppe der ArbeitnehmerInnen: „Die Differenz in den Bruttolöhnen zwischen den 10% der Arbeitnehmer, die die höchsten Löhne erhalten, und den 10%, die die niedrigsten Löhne erhalten, hat von 1996 bis 2005 erheblich zugenommen“, schreibt das DIW (DIW Wochenbericht 6/2007).

Der Anstieg der Tariflöhne und -gehälter lag 2006 laut Tarifindex des Statistischen Bundesamtes zum zweiten Mal in Folge unterhalb der Inflationsrate. Die Tariflöhne bzw. -gehälter stiegen 2006 um 1,5 bzw. 1,2 Prozent. Die Verbraucherpreise erhöhten sich 2006 um 1,7 Prozent. Das heißt: Trotz Aufschwung konnten sich die tarifgebundenen ArbeitnehmerInnen weniger von ihrem Einkommen kaufen als in den Vorjahren. Noch schlechter sieht die Entwicklung aus, wenn man *alle* abhängig Beschäftigten betrachtet, also nicht nur diejenigen, die nach Tarif beschäftigt sind. *Insgesamt* lag der Anstieg der Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer *seit 2004 unterhalb der Inflationsrate*. In 2006 stiegen sie um nur 0,9 Prozent. Aber auch die Erhöhungen bei den tariflich Beschäftigten sagen nicht alles aus, da aufgrund der sogenannten negativen Lohndrift die effektiven Entgelte in den letzten Jahren geringer ausfallen als die Tariflöhne (z.B. werden durch den gleichzeitigen Abbau übertariflicher Leistungen tarifliche Lohnerhöhungen nicht eins zu eins weitergegeben oder es wird sich erst gar nicht mehr an Tarife gehalten). So wurden im Jahr 2006 die Tariflöhne zwar um 1,5 Prozent, die effektiv gezahlten Löhne aber nur um 0,7 Prozent erhöht (vgl. Böckler Impuls 3/2007).



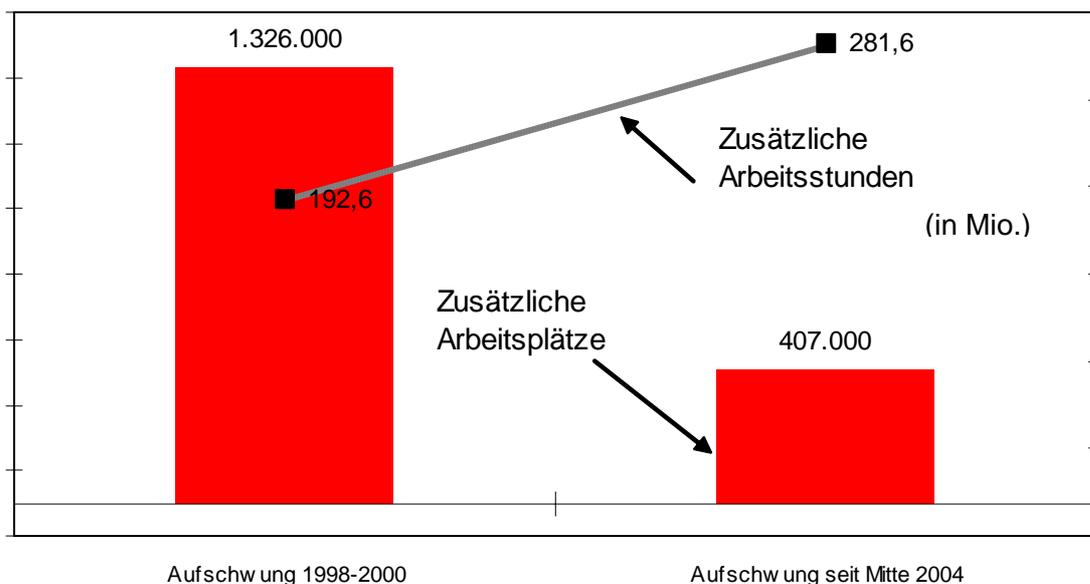
Auch die Rentner haben im Jahr 2006 nicht vom Aufschwung profitiert: Die durchschnittliche monatliche *Nettorente* sank in Westdeutschland von 697 auf 693 Euro – den Wertverlust durch die Inflation noch nicht mit einberechnet. In Ostdeutschland verharrten die durchschnittlichen Zahlungsbeträge auf dem Niveau von 2005, gingen also real ebenfalls zurück. Im Juli 2007 wurde die *Bruttorente* zwar um 0,54 Prozent angehoben, das gleicht allerdings bei weitem noch nicht den Preisanstieg aus. Zudem werden die Rentner in diesem Jahr mit höheren Sozialabgaben belastet.

Daher verwundert es nicht, dass viele der Meinung sind, der Aufschwung komme bei ihnen nicht an. Aus einer Umfrage des Meinungsforschungsinstitutes Forsa im Auftrag des Nachrichtensenders n-tv vom Juli geht hervor, dass es 36 Prozent der Befragten finanziell schlechter geht als ein Jahr zuvor. 51 Prozent haben keine Veränderungen zum Vorjahr festgestellt und nur 12 Prozent geht es besser. 27 Prozent erwarten auch für 2008 eine Verschlechterung ihrer finanziellen Situation (vgl. Süddeutsche Zeitung vom 20. Juli 2007, S. 17).

Ist der Aufschwung auch auf dem Arbeitsmarkt angekommen und welche Rolle spielen hierbei die Arbeitsmarktreformen?

Nach Einschätzung des IMK ist der Aufschwung mittlerweile auch auf dem Arbeitsmarkt angekommen. Die Zahl der Arbeitslosen fällt, und seit jüngstem steigen nun auch die Arbeitsstunden an. Mit den Arbeitsmarktreformen hat dies aber wenig zu tun.

Das Arbeitsvolumen, gemessen in Arbeitsstunden, steigt seit ca. einem halben Jahr, nachdem es zuvor nahezu stagnierte. Dieser Anstieg führt allerdings im Vergleich zum letzten Aufschwung (1998-2000) nur in geringem Maße zu einem Zuwachs der Beschäftigtenzahl (vgl. IMK Report Nr. 20, Juni 2007). Im Vergleich stellen die Unternehmen demnach weniger zusätzliche Arbeitsplätze zur Verfügung. Obwohl die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden in diesem Aufschwung stärker zugenommen hat, wurden kumuliert *lediglich 400.000 neue Arbeitsplätze* für abhängig Beschäftigte geschaffen, während dies im *letzten Aufschwung 1,3 Mio.* waren. Wenn die Reformen der vergangenen und der jetzigen Bundesregierung (vor allem die Hartz-Gesetze) erfolgreich wären, müsste aber im Gegenteil die Zahl der Beschäftigten schneller und höher steigen als im letzten Aufschwung – was nicht der Fall ist. Der höhere Druck auf Arbeitslose führt nicht zu mehr Beschäftigung. Vielmehr wirkt vor allem die Flexibilisierung der Arbeitszeit, da sich die höhere Zahl der Arbeitsstunden vor allem in *individuell längeren Arbeitszeiten* ausdrückt. Diese Flexibilisierung wirkt der Einstellung von neuen Arbeitskräften entgegen. Wer bereits einen Arbeitsplatz hat, arbeitet länger.



Quelle: Böckler-Impuls 12/2007

Nach Berechnungen des IMK ist die Zahl der Arbeitslosen seit Beginn des Aufschwungs um rund 540.000 gesunken, während diese Zahl im vorigen Aufschwung ca. 480.000 betrug. Der Abbau der Arbeitslosigkeit ist also in einer ähnlichen Größenordnung zu verordnen, obwohl die Zahl der Beschäftigten diesmal wesentlich verhaltener gestiegen ist. Dies wird unter anderem auf ein deutlich verringertes Arbeitskräfteangebot zurückgeführt (im letzten Aufschwung ist es hingegen angestiegen). Neben der kaum vorhandenen Zuwanderung auf den Arbeitsmarkt ist eine Erklärung hierfür, dass der verhaltensbedingte Zustrom auf den Arbeitsmarkt eigentlich nicht mehr stattfindet. Die Arbeitslosigkeit geht also weniger aufgrund eines Wechsels in Beschäftigung (Anteil der Abgänge aus der Arbeitslosigkeit in Erwerbstätigkeit ist im Vergleich zum vorherigen Aufschwung gesunken) zurück, sondern resultiert aus einer Abnahme des Arbeitskräfteangebots.

Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) kommt in seiner Analyse des Arbeitsmarktes 2007/2008 allerdings zu einem anderen Ergebnis als das IMK (vgl. IAB-Kurzbericht Nr. 15 / 22.8.2007). Zwar treffen sie keine Aussagen darüber, ob sich die Hartz-Gesetze positiv auf die Entwicklung am Arbeitsmarkt auswirken. Aber sie kommen zu dem Schluss, dass dieser Aufschwung im Vergleich zum letzten Aufschwung „ein freundlicheres Gesicht am deutschen Arbeitsmarkt“ zeige. Diese Bewertung beruht vor allem darauf, dass das IAB davon ausgeht, dass mehr Vollzeit-Beschäftigungsverhältnisse entstünden als im letzten Aufschwung, während der Anstieg der Mini-Jobs geringer sei. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass das IAB lediglich den Zuwachs der Vollzeitbeschäftigung im Zeitraum 2006/2007 betrachtet und diesen daraufhin mit plus 200.000 beziffert. Das IMK sagt hingegen: „Der derzeitige Aufschwung beginnt im 4. Quartal 2004 und dauert bis zuletzt (1. Quartal 2007) an.“ (IMK-Report Nr. 20 / Juni 2007, S. 1). Wenn man diesen Zeitraum hinsichtlich der Entwicklung der Vollzeit-Beschäftigungsverhältnisse betrachtet, ist kein Zuwachs mehr zu erkennen, sondern eine Abnahme. Im Dezember 2004 gab es noch 22,053 Mio. Vollzeitstellen, im Dezember 2005 nur noch 21,784 Mio. und im Dezember 2006 dann wieder 22,007 Mio. Der vom IAB ausgewiesene Zuwachs von rund 200.000 Stellen im Zeitraum 2006/2007 gleicht also noch nicht mal die vorherigen Verluste wieder aus, da im Dezember 2006 weniger Vollzeitstellen als im Dezember 2004 zu verzeichnen sind.

Sind die Probleme auf dem Arbeitsmarkt nun gelöst?

Davon kann keine Rede sein: Auch wenn die Zahlen einen Rückgang der Arbeitslosigkeit belegen, kann bei weitem nicht von einer Entlastung auf dem Arbeitsmarkt gesprochen werden. Während Kurzeitarbeitslose zwar schneller wieder in Beschäftigung finden, werden bei den *Langzeitarbeitslosen* nur marginale Erfolge erzielt. Ein großer Teil der Beschäftigungsverhältnisse ist zudem als prekär einzuordnen, viele Menschen befinden sich unfreiwillig in Ein-Euro- oder Minijobs und die sinkenden Arbeitslosenzahlen betreffen überproportional mehr Männer als Frauen. Außerdem gibt es immer noch fast 4 Mio. Arbeitslose, nicht eingerechnet die verdeckte Arbeitslosigkeit⁴ und die stille Reserve⁵. Daher ist immer noch von einer erheblichen Beschäftigungslücke und einer Misere auf dem Arbeitsmarkt – vor allem hinsichtlich qualitativer Aspekte – auszugehen. Im Folgenden sollen einige Anmerkungen und Analysen zur Arbeitsmarktentwicklung angeführt werden.

Im Juni 2007 gab es nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit (BA) immer noch 3,687 Millionen registrierte Arbeitslose (was einem Rückgang um 712.000 gegenüber dem Vorjahr entspricht). Die Arbeitslosenquote, bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen, lag somit im Juni 2007 bei 8,8 Prozent. Allerdings ist die Quote in Ostdeutschland mit 14,7 Prozent rund doppelt so hoch wie in Westdeutschland mit 7,3 Prozent.

Von den 3,687 Mio. registrierten Arbeitslosen entfallen 1,164 Mio. auf den Rechtskreis SGB III (ALG I plus Arbeitslose ohne Anspruch auf ALG I oder ALG II) und 2,523 Mio. auf den Rechtskreis SGB II (Hartz IV/ALG II). Von den 1,164 Mio. registrierten Arbeitslosen aus dem Rechtskreis SGB III hatten wiederum lediglich 0,686 Mio. einen Anspruch auf das beitragsfinanzierte Arbeitslosengeld I, der Rest zählt zu den so genannten NichtleistungsempfängerInnen (sie stehen zwar dem Arbeitsmarkt zur Verfügung und sind als arbeitslos registriert, haben aber keinen Anspruch auf ALG I oder ALG II – beispielsweise aufgrund des Einkommens in einer Bedarfsgemeinschaft). Diese 0,686 Mio. mit Anspruch auf ALG I entsprechen nur noch 18,6 Prozent der gesamten registrierten Arbeitslosen (3,687 Mio.)

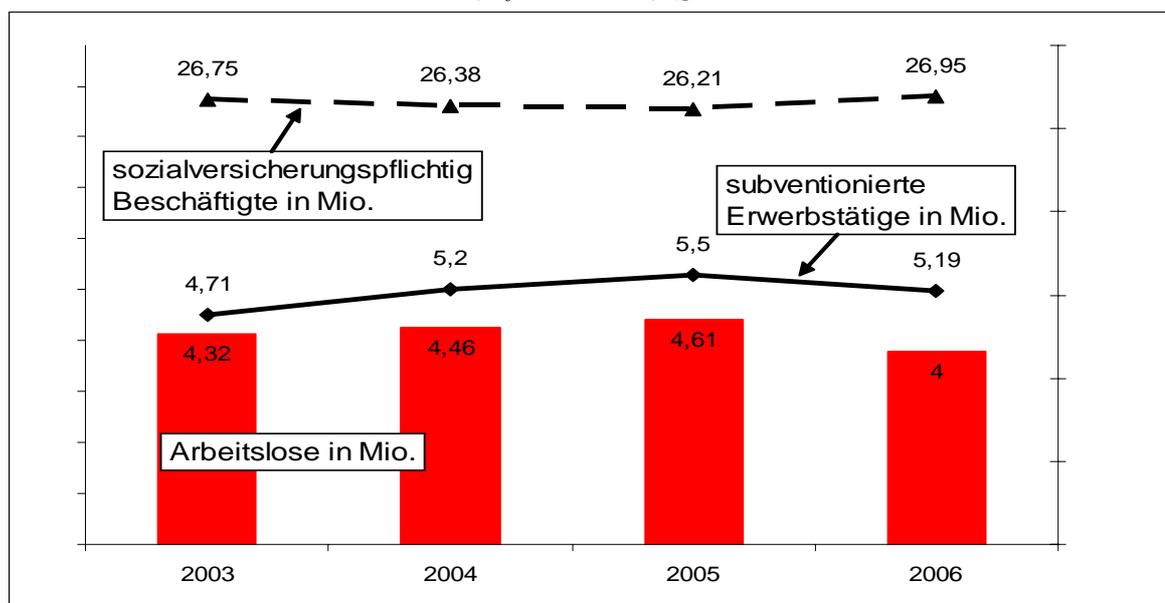
⁴ Darunter werden Teilnehmende an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen verstanden, die den Arbeitsmarkt entlasten.

⁵ Darunter werden Personen verstanden, die sich entmutigt nicht mehr arbeitslos melden, aber bei guter Arbeitsmarktlage eine Arbeit aufnehmen würden.

(vgl. Paul M. Schröder, Kurzmitteilung vom 28. Juni 2007). Im Vergleich dazu waren es im Dezember 2005 noch 27,8 Prozent (vgl. Paul M. Schröder, Kurzmitteilung vom 3. Januar 2007). Der Anteil der Arbeitslosen, die das beitragsfinanzierte Arbeitslosengeld I erhalten, ist also erheblich gesunken. Dadurch wird das Versicherungssystem (ALG I) als Teil der sozialen Sicherungssysteme geschwächt, was auch auf die im Zusammenhang mit den Hartz-Gesetzen erschwerten Zugangsvoraussetzungen und die Verkürzung der Bezugsdauer des ALG I zurückzuführen ist.

Jahresdurchschnittlich gab es 2006 rund 277.000 Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung (sog. Ein-Euro-Jobs). Im Juni 2007 befanden sich 333.200 Menschen in Arbeitsgelegenheiten, davon 94 Prozent in Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung (310.000) und 6 Prozent in der Entgeltvariante. Nach Berechnungen der BA ist die Zahl der ausschließlich geringfügig Beschäftigten (Minijobs) im Vergleich zum Vorjahr um 121.000 auf 4,97 Mio. gestiegen. Von diesen beiden Gruppen hätte wahrscheinlich ein erheblicher Teil lieber einen regulären Arbeitsplatz, kann aber angesichts millionenfach fehlender Arbeitsplätze mit Existenz sichernden Löhnen und sozialer Absicherung keinen finden.

Entwicklung sozialversicherungspflichtige Beschäftigung, subventionierte Erwerbstätige (Minijobs, Ein-Euro-Jobs, Ich-AG und Überbrückungsgeld) und Arbeitslosigkeit, jeweils Bestand Ende Dezember eines Jahres (außer z.T. 2006), Quelle: BA



Ein-Euro-Jobs werden nicht in die Arbeitslosenstatistik aufgenommen, da sie als „Erwerbstätige eigener Art“ gelten. Hinsichtlich der Erwerbstätigenrechnung sind die positiven Zuwächse ohne *Ein-Euro-Jobs* zum Teil deutlich geringer. So ist ohne *Ein-Euro-Jobs* die Zahl der Erwerbstätigen 2006 bundesweit nicht um 0,7 Prozent, sondern nur um 0,5 Prozent angestiegen. Noch deutlicher zeigt sich dies bei Betrachtung von Berlin und Bremen: in Berlin schrumpft der Zuwachs von 1,3 auf 0,7 Prozent und in Bremen von 1,2 auf 0,6 Prozent (vgl. Paul M. Schröder, Kurzmitteilung vom 23. Januar 2007). Sowohl MinijobberInnen als auch *Ein-Euro-JobberInnen* sind sozial nicht abgesichert, fallen zumeist nicht unter geltende Schutzrechte und haben kein existenzsicherndes Einkommen. Beide Formen tragen zudem dazu bei, dass reguläre Beschäftigung weiter verdrängt wird.

Hinzu kommt, dass die Arbeitslosigkeit bei Männern weitaus stärker gesunken ist als bei Frauen. Im Vorjahresvergleich der Juni-Zahlen ist die Zahl der arbeitslosen Frauen mit 13,0 Prozent wesentlich geringer gesunken als die Zahl der arbeitslosen Männer mit 19,1 Prozent. Der Anteil der Frauen an

den registrierten Arbeitslosen hat mit 50,1 Prozent im Juni 2007 den höchsten Juni-Wert seit 1994 (vgl. Paul M. Schröder, Kurzmitteilung vom 28. Juni 2007). Die geschlechtsspezifische Segmentierung des Arbeitsmarktes zeigt sich demnach nicht nur in weitaus geringeren Löhnen für Frauen, sondern auch in einem geringeren Abbau der Arbeitslosigkeit.

Auch im Ländervergleich stellt sich die Situation sehr differenziert dar. Während die Arbeitslosigkeit im Juni im Vergleich mit dem Vorjahr in Baden-Württemberg um 23,1 Prozent abgenommen hat, ist sie in Berlin lediglich um 9,4 Prozent gesunken. Dies spiegelt sich auch in den Arbeitslosenquoten wider, die im Juni 2007 in Baden-Württemberg bei 5,4 Prozent lag und in Berlin dagegen bei 18 Prozent.

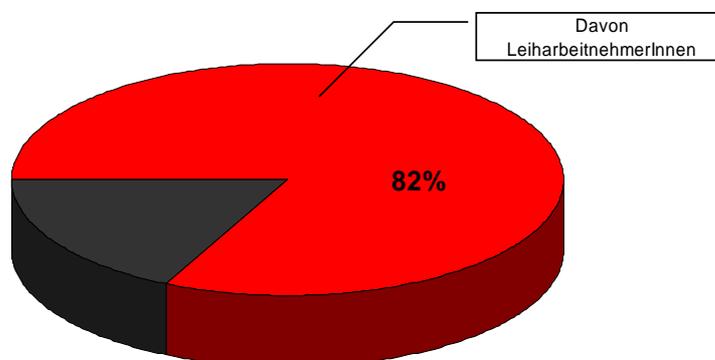
Wie ist es um die Qualität der neuen Arbeitsplätze bestellt?

Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung lag nach *Hochrechnung* der BA im Juni 2007 bei 26,88 Mio., was gegenüber dem Vorjahr einem Zuwachs von 526.000 Stellen entspricht. Davon sind allerdings lediglich rund 50 Prozent Vollzeitstellen, der Rest erfolgt in Teilzeit (vgl. BA: Der Arbeits- und Ausbildungsmarkt in Deutschland / August 2007). Nach Angaben der BA beruht dieser Zuwachs in erster Linie auf einem starken Anwachsen bei unternehmensnahen Dienstleistungen, bei denen es sich zum größten Teil um Arbeitnehmerüberlassung, also Leiharbeit, handelt.

Vergleicht man den Zuwachs der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung im Zeitraum Juni 2005 bis Juni 2006 mit dem Zuwachs der *Leiharbeit* im gleichen Zeitraum⁶, stellt sich heraus, dass insgesamt rund 176.000 sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse und 144.895 Stellen im Bereich der Leiharbeit hinzugekommen sind. Damit hat die Leiharbeit einen Anteil von 82 Prozent an der so gepriesenen Zunahme sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung. Die BA und das IAB verweisen allerdings darauf, dass der Anteil der Leiharbeit im Laufe des Aufschwungs immer geringer werde (vgl. IAB-Kurzbericht Nr. 15 / 22.8.2007). Im genannten Kurzbericht, bei dem allerdings die Berechnungen für 2007 auf Schätzungen beruhen, beziffert das IAB den Anstieg der Leiharbeit mit plus 294.000 im Zeitraum 2006/2007, was einem Zuwachs der Leiharbeitsverhältnisse um 66,2 Prozent entspreche.

Vor allem Leiharbeit nimmt zu.

**Anstieg der Sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung
von Juni 2005 bis Juni 2006: Insgesamt 176.000 zusätzliche
Beschäftigte**



Wer diese Entwicklung uneingeschränkt begrüßt, vernachlässigt die qualitativen Aspekte von Arbeit. Leiharbeit ist zumeist als prekäre Beschäftigung einzuordnen. Der „Bericht der Bundesregierung über

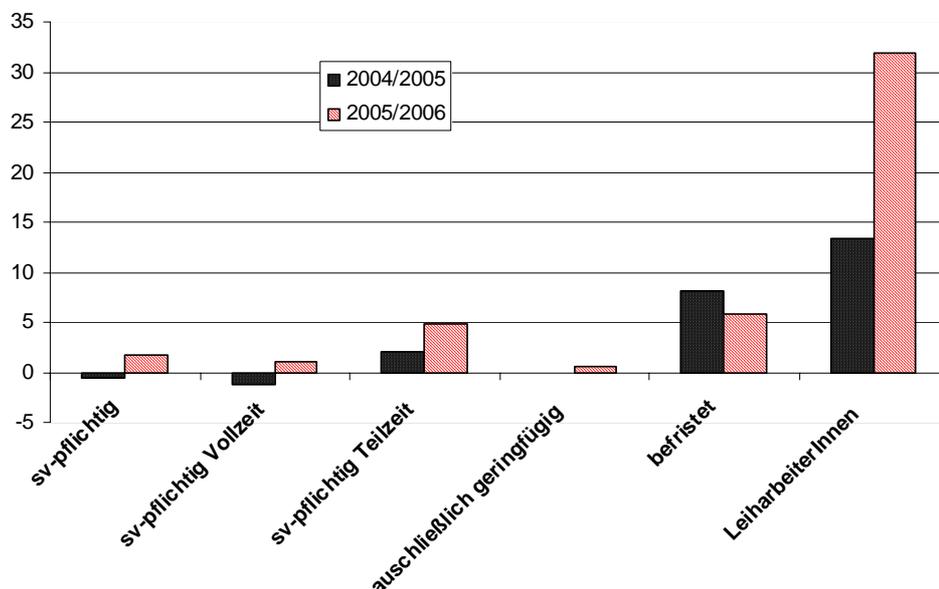
⁶ Dies sind bezüglich der Leiharbeit die aktuellsten der Daten der BA, die veröffentlicht sind.

den Stand von Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit und über das Unfall- und Berufskrankheitsgeschehen in der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 2005“ kommt zu dem Schluss: „Die Zeitarbeit ist in weiten Bereichen gekennzeichnet durch schlechte Arbeitsbedingungen, gering qualifizierte Tätigkeiten, fehlende Partizipation und im Durchschnitt schlechte Entlohnung. [...] Leiharbeitnehmer haben nur geringe Chancen, an betrieblicher bzw. beruflicher Weiterbildung zu partizipieren. [...] Dementsprechend ergibt sich eine kontinuierliche Dequalifikation, was die Chancen auf dem Arbeitsmarkt für die in der Zeitarbeit Beschäftigten langfristig deutlich verschlechtert und ihre Beschäftigungsfähigkeit einschränkt.“ Auch die Unfallgefahr ist für LeiharbeitnehmerInnen höher als für regulär Beschäftigte.

Abschließende, also nicht vorläufige/geschätzte Daten zur Entwicklung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung, Leiharbeit, befristeten Arbeitsverträgen, Vollzeit- und Teilzeit sowie Minijobs liegen momentan zumeist lediglich bis Dezember 2006 vor (Schätzungen/Hochrechnungen für 2007 im Bereich Leiharbeit und Vollzeit/Teilzeit sind weiter oben in diesem Kapitel angegeben; Minijobs (ausschließlich) gab es im Juni 2007 rund 4,97 Mio., was gegenüber dem Vorjahr einem Zuwachs um 121.000 entspricht; zu den befristeten Arbeitsverträgen liegen keine aktuelleren Daten vor). Die folgende Tabelle zeigt die absoluten Zahlen und Zuwächse auf (jeweils Daten des Monats Dezember, nur die Leiharbeit basiert auf Juni-Daten; Quelle: BA, Eurostat):

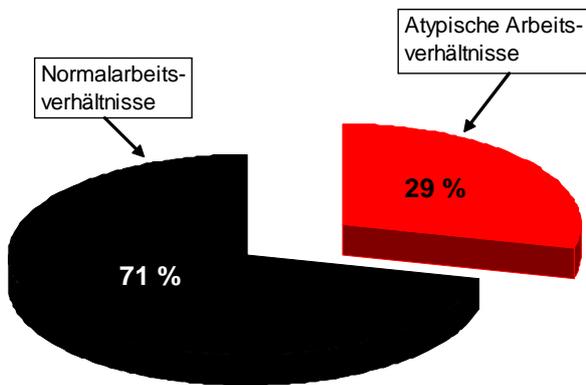
	2004/2005		2005/2006	
	2005 absolut	Veränderung gegenüber dem Vorjahr	2006 absolut	Veränderung gegenüber dem Vorjahr
sv-pflichtig gesamt	26,21 Mio.	-170 Tausend	26,64 Mio.	+430 Tausend
sv-pflichtig Vollzeit	21,78 Mio.	-270 Tausend	22,01 Mio.	+230 Tausend
sv-pflichtig Teilzeit	4,41 Mio.	+90 Tausend	4,62 Mio.	+210 Tausend
ausschließlich geringfügig	4,89 Mio.	+2,3 Tausend	4,92 Mio.	+30 Tausend
befristete Arbeitsverträge	4,76 Mio.	+360 Tausend	5,04 Mio.	+280 Tausend
Leiharbeit	453,4 Tausend	+53,6 Tausend	598,3 Tausend	+145 Tausend

Nun die Veränderungsraten der verschiedenen Beschäftigungsformen in Prozent:



Insgesamt sind mit Stand Juni 2004⁷ knapp 30 Prozent der Beschäftigungsverhältnisse sog. *atypische Beschäftigungsverhältnisse* (befristete Arbeit, Mini- und Midijobs, Leiharbeit, Kurzarbeit, Teilzeitarbeit, ABM u.ä.). Hinzu gerechnet werden muss auch noch die größer werdende Zahl der Gruppe der sog. „Neuen Selbständigen“ bzw. Honorarkräfte. Hierbei handelt es sich häufig um erzwungene Selbständigkeit und nicht Existenz sichernde Beschäftigung über Honorar- oder Werkverträge.

Atypische Arbeit, Stand Juni 2004, Quelle: böckler-impuls 17/2006



West	Ost	
5,0 %	6,0 %	befristete Arbeit
0,1 %	1,5 %	ABM u.a.
3,0 %	4,0 %	Midijobs
12,0 %	7,0 %	Minijobs
1,0 %	0,8 %	Leiharbeit
7,0 %	9,0 %	Teilzeitarbeit
0,5 %	0,5 %	Kurzarbeit
28,6 %	28,8 %	Atypische Arbeit

Allerdings sind nicht alle atypischen (vom Normalarbeitsverhältnis abweichenden) Beschäftigungsverhältnisse als prekär einzustufen. Prekäre Beschäftigung ist im engeren Sinne durch unzureichende Löhne, eingeschränkten Anspruch auf ArbeitnehmerInnenrechte und geringe Planungssicherheit sowie eine unsichere Zukunft gekennzeichnet. Hierzu zählt eine aktuelle Studie (Brinkmann, Dörre u.a. 2006: *Prekäre Arbeit – Ursachen, Ausmaß, soziale Folgen und subjektive Verarbeitungsformen unsicherer Beschäftigungsverhältnisse*, Bonn) rund 14 Prozent der Erwerbstätigen. Das sind 5,4 Millionen.

Die Dynamik ist vor allem bei jungen Beschäftigten als dramatisch einzuschätzen: 40 Prozent der Beschäftigten unter 20 Jahren hatten 2004 eine befristete Stelle, während es 1991 nur jedeR fünfte war.

Hinsichtlich der Entlohnung ist festzustellen, dass es einen großen Anteil von *Armuts- und Niedriglöhnen* gibt. Nach Angaben des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) sind 32 Prozent aller Vollzeitbeschäftigten, oder mehr als 7,7 Mio., im Niedriglohnsektor beschäftigt (weniger als 75 Prozent des durchschnittlichen Bruttolohnes), 2,5 Mio. dieser Beschäftigten bezogen gar nur Armutslöhne (weniger als 50 Prozent des durchschnittlichen Bruttolohnes). Allein 1,093 Mio. Menschen bekommen aufstockend zu ihrem Einkommen Hartz-IV-Leistungen, d.h. sie verdienen weniger als das Existenzminimum und nehmen ihre Ansprüche wahr. Davon verdienen 558.000 bis zur Geringfügigkeitsgrenze von 400 Euro, 191.000 zwischen 400 und 800 Euro und 344.000 über 800 Euro. Letztere dürften zu einem Großteil eine Vollzeitbeschäftigung ausüben (vgl. Bericht der Statistik der BA: *Grundsicherung für Arbeitsuchende. Anrechenbare Einkommen und Erwerbstätigkeit / August 2007*).

Vor diesem Hintergrund ist nicht nur keine Entlastung auf dem Arbeitsmarkt auszumachen, die Situation ist vielmehr für einen erheblichen Teil der Beschäftigten als dramatisch zu bezeichnen. Prekäre

⁷ Dies sind die aktuellsten Zahlen, die vom IAB zum Gesamtanteil atypischer Beschäftigung vorliegen. Eigene Berechnungen, die auf Daten mit Stand Juni 2006 basieren, ergeben einen Anteil von **35,4 Prozent**, beinhalten aber Überschneidungen zwischen beispielsweise Teilzeit und Befristungen.

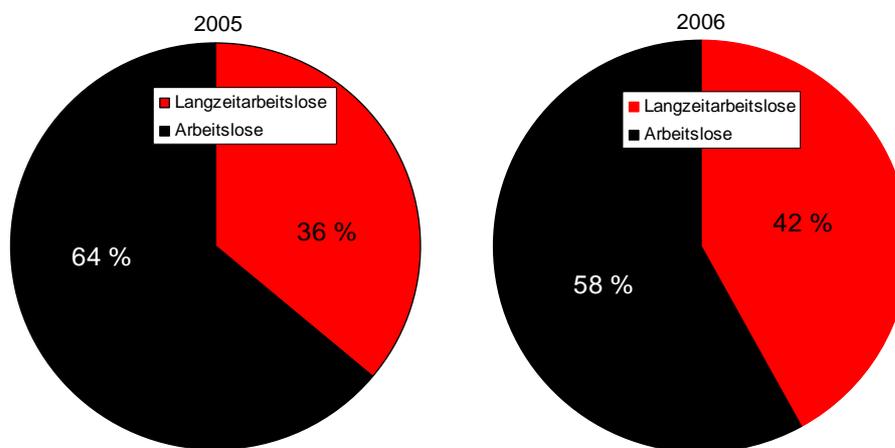
Beschäftigungsverhältnisse sind nicht nur für die Betroffenen fatal, sondern haben auch Auswirkungen auf (noch) regulär Beschäftigte und Stammebelegschaften. Sie machen die Erfahrung, dass sie leicht ersetzbar sind und haben Angst, selbst in die Arbeitslosigkeit oder in ein prekäres Beschäftigungsverhältnis „abzurutschen“. Dies wird noch dadurch verschärft, dass durch die Hartz-Gesetze im Falle der Arbeitslosigkeit keine Sicherung des Lebensstandards mehr möglich ist. Dörre spricht von der „Disziplinierung durch Angst“, wodurch die Beschäftigten leichter erpressbar werden.

Die rot-grüne Koalition und nun auch die Große Koalition tragen nicht unerheblich dazu bei, dass der Anteil der prekären Beschäftigungsverhältnisse weiter steigt. Durch die mit den Hartz-Gesetzen eingeführten neuen Zumutbarkeitsregelungen und die immer schärfer werdenden Sanktionen bei Ablehnung eines „Angebots“ werden zum einen Erwerbslose immer stärker unter Druck gesetzt, jede Arbeit zu noch so schlechten Bedingungen anzunehmen. Zum anderen sind in den letzten Jahren erhebliche Deregulierungsschritte im Arbeitsrecht vorgenommen worden, die beispielsweise im Bereich der Leiharbeit sukzessive zur Aufhebung der Überlassungshöchstdauer geführt haben.

Kommt der Aufschwung auch bei den Langzeiterwerbslosen an?

Auch wenn dies von der BA zum Teil auf statistische Sondereffekte zurückgeführt wird, muss festgehalten werden, dass sich die *Dauer der Arbeitslosigkeit in 2006 erhöht* und die *Langzeitarbeitslosigkeit zugenommen*, sich somit verfestigt hat. Im Jahresdurchschnitt waren 42 Prozent der Arbeitslosen länger als ein Jahr arbeitslos, nach 36 Prozent im Jahr zuvor.

Anteil der Langzeitarbeitslosigkeit, Quelle: BA



Wenn man die aktuellen, absoluten Zahlen zur Langzeiterwerbslosigkeit betrachtet, muss festgestellt werden, dass auch im Juni 2007 immer noch mehr als 1,5 Mio. Menschen länger als 12 Monate erwerbslos sind. Davon zählen mehr als 1,22 Mio. (im Vorjahr 1,48 Mio.) zum Rechtskreis SGB II (ALG II). Von diesen 1,22 Mio. sind mehr als 940.000 (im Vorjahr 980.000) länger als 18 Monate erwerbslos, davon wiederum 732.000 (im Vorjahr 719.000) mehr als 24 Monate. Und 444.000 (im Vorjahr 510.000) sind bereits länger als 32 Monate arbeitslos. Insbesondere im Bereich der Langzeiterwerbslosigkeit gibt es daher noch massive Probleme, da allein im SGB II mehr als 1,2 Mio. länger als 12 Monate erwerbslos sind und mehr als 440.000 sogar länger als 32 Monate.

Was ergibt sich aus der Analyse für die Forderungen der LINKEN?

Die Kritik an den neoliberalen, angebotsorientierten Thesen der Regierung(en) ist und bleibt berechtigt. Der Sparkurs und die Lohndrückerei unter Rot-Grün haben dazu beigetragen, dass der Aufschwung so lange auf sich warten ließ. Wenn Schwarz-Rot eine andere Politik betrieben hätte, wäre der Aufschwung vermutlich stärker ausgefallen.

Im Aufschwung hat sich gezeigt, dass der Staat sich nicht aus der Krise herausparen kann. Erst als der finanzpolitische Sparkurs abgemildert wurde konnte der Staat einen positiven Beitrag zum BIP-Wachstum liefern. Die öffentlichen Haushalte wurden dann durch höhere Steuereinnahmen in Folge des Wachstums entlastet. Nach wie vor sind die staatlichen Nettoanlageinvestitionen aber negativ, der Staat zehrt seinen Kapitalstock auf. Vor diesem Hintergrund ist eine Ausweitung bzw. Normalisierung des staatlichen Investitionsniveaus nach wie vor geboten. Der derzeitige Aufschwung führt nach Angaben des Arbeitskreises Steuerschätzung zu Mehreinnahmen von 180 Mrd. Euro in den nächsten vier Jahren. Alleine 2008 ist mit Mehreinnahmen des Bundes von 21,8 Mrd. Euro zu rechnen. Die Bundesregierung will diese Mehreinnahmen voraussichtlich fast ausschließlich zum Abbau der Nettokreditaufnahme nutzen. Dem sollte die Forderung nach einer Ausweitung notwendiger Zukunftsinvestitionen entgegengesetzt werden.

Die linken Kernforderungen nach einer Stärkung der Einkommen und der privaten Konsumnachfrage sind weiter richtig und nötig. Nicht nur ist die private Konsumnachfrage auch weiterhin das schwächste Glied beim BIP-Wachstum und wird laut IMK auch 2007 nur um ein halbes Prozent wachsen, auch hat die Lohndrückerei der vergangenen Jahre zu einer unsozialen Umverteilung geführt. Selbst wenn sich die Konsumnachfrage durch sinkende Arbeitslosigkeit und steigende Löhne und Gehälter erholen sollte, wie es das IMK erst für 2008 voraussagt, muss darauf Wert gelegt werden, dass im folgenden Abschwung diese Besserung nicht wieder durch eine „Gürtel-Enger-Schnallen-Propaganda“ zunichte gemacht wird. Die harten Tarifkonflikte der jüngsten Zeit zeigen, dass die Lohnabhängigen auch zukünftig auf Unterstützung bei berechtigten Lohnforderungen angewiesen sein werden. Auffällig ist, dass viele, die den Aufschwung auf die „Lohnzurückhaltung“ der vergangenen Jahre zurückführen, im selben Atemzug die jüngsten Tarifsteigerungen als Hinweis auf einen dauerhaften, von der Binnen- nachfrage getriebenen Aufschwung sehen. Diese und andere neoliberale Widersprüche gilt es zu entlarven.⁸

Die reine Orientierung auf außenwirtschaftliche, preisliche Wettbewerbsfähigkeit und hohe Exportüberschüsse führt nicht nur zu einem unsozialen Lohn- und Sozialdumping und zu einer Politik auf Kosten der europäischen Partnerländer. Sie bleibt auch eine gefährliche und unsichere Strategie. Die momentane Situation in den USA birgt ohne Zweifel Gefahren für die weltwirtschaftliche Entwicklung, von der Deutschland besonders abhängig ist. Zudem stellt sich die Frage, wie lange die Handelspartner den deutschen Exportüberschuss noch über Verschuldung finanzieren wollen bzw. können.

Es muss weiter aufgezeigt werden, dass bislang nach wie vor in erster Linie die Gewinn- und Vermögenseinkommen steigen. RentnerInnen, Erwerbslose, SozialleistungsbezieherInnen und auch ArbeitnehmerInnen haben bislang am Aufschwung keinen Anteil. Es muss weiter auf eine Umkehr der laufenden Umverteilung von unten nach oben gedrängt werden.

Insbesondere vor dem Hintergrund erheblicher Überschüsse bei der BA ist es mehr als notwendig, endlich die Bezugsdauer für das Arbeitslosengeld wieder zu verlängern. Dadurch würde der Auf-

⁸ Bundeswirtschaftsminister Michael Glos sagte beispielsweise in einer Bundestagsdebatte am 5. Juli 2007: „Der Aufschwung kommt auch bei den Beschäftigten an. Deren Arbeitsplätze werden nicht zuletzt aufgrund der Lohnzurückhaltung in den letzten Jahren erhalten. In den Tarifverhandlungen ist erstmals wieder ein deutliches reales Plus erreicht worden. Das wird sich auf den Konsum natürlich positiv auswirken.“

schwung auch bei den Erwerbslosen ankommen und der Druck auf Erwerbslose und Beschäftigte – die Angst vor dem schnellen sozialen Abstieg im Fall der Arbeitslosigkeit haben – vermindert. Die finanziellen Mittel dafür sind vorhanden. Auch die Grundsicherung für Arbeitsuchende (Arbeitslosengeld II) muss mindestens auf 420 Euro erhöht werden.

Ein weiteres wichtiges Feld, in dem dringender Handlungsbedarf besteht, ist die Eindämmung von prekärer Beschäftigung und die gleichzeitige soziale Absicherung atypischer Beschäftigungsverhältnisse, sofern sie von den Beschäftigten freiwillig eingegangen worden sind. In diesem Bereich wurden von der großen Koalition bisher keine Maßnahmen ergriffen – im Gegenteil. Notwendig wären beispielsweise ein gesetzlicher Mindestlohn von 8 Euro pro Stunde, die sozial gerechte Regulierung der Leiharbeit (vor allem die Wiedereinführung des Prinzips „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“), die Abschaffung der Möglichkeit sachgrundloser Befristungen, die Regulierung von Praktika sowie eine volle Sozialversicherungspflicht für jede Stunde abhängiger Beschäftigung.

Ein weiteres Problemfeld, das die große Koalition völlig unzureichend angeht, ist die Bekämpfung der Langzeiterwerbslosigkeit. Die von ihr aufgelegten Programme – wie das 100.000er Programm für Langzeiterwerbslose – zielen auf einen viel zu geringen Kreis von Langzeiterwerbslosen ab und verzichten zum Nachteil der dort Beschäftigten auf die Pflicht zur Arbeitslosenversicherung, sodass sie trotz Beschäftigung im Falle wiederkehrender Arbeitslosigkeit im Hartz-IV-System verharren. Der „Kommunal-Kombilohn“ wird voraussichtlich an den finanziellen Voraussetzungen der Kommunen scheitern, die mit mehr als 50 Prozent einen viel zu großen Anteil zur Finanzierung erbringen müssen. Und dabei handelt es sich um strukturschwache Regionen, die ins Auge gefasst werden. Deren Finanzsituation ist ohnehin ausgesprochen schlecht. Zudem besteht hier die Gefahr, dass originär kommunale Aufgaben, die bisher in Form regulärer Beschäftigung erbracht wurden, verdrängt werden. Daher ist es auch weiterhin notwendig, dass öffentlich geförderte Beschäftigung schrittweise für 500.000 Erwerbslose ermöglicht wird.